

Kommunale Pflegeplanung im Kreis Minden-Lübbecke

Leitsätze & Handlungsfelder



Stand: 26.02.2009

Ziel der Pflegepolitik des Kreise Minden-Lübbecke ist ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Alter.

Der Kreis übernimmt hierfür im Rahmen seiner Aufgaben Verantwortung und initiiert Maßnahmen für ein vielfältiges und ortsnahe Angebot unter Berücksichtigung der Kosten in diesem sozialen Bereich.

Der Kreis moderiert und informiert, er schafft Anreize, initiiert, fördert und begleitet modellhafte Vorhaben in den folgenden Handlungsfeldern:

1. Handlungsfeld Beratung
2. Handlungsfeld Pflegende Angehörige, Freunde und Bekannte
3. Handlungsfeld Demenz
4. Handlungsfeld Wohnen
5. Handlungsfeld Komplementäre Dienste
6. Handlungsfeld Pflegerische Infrastruktur
7. Handlungsfeld Übergangsmanagement von Krankenhäusern in Pflege
8. Handlungsfeld Zielgruppenspezifische Angebote
9. Handlungsfeld Alten- und Pflegepolitik als Querschnittsthema begreifen
10. Handlungsfeld Alten- und Pflegepolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe (insbesondere unter den Aspekten von gender und diversity) begreifen

Auch für pflegebedürftige Menschen sollte ein möglichst selbstbestimmtes Leben möglich sein. Die Planung des Kreises hat daher dies in die Überlegungen mit einzubeziehen und soweit möglich zu berücksichtigen. In der gegenwärtigen Situation geht der Kreis davon aus, dass die Mehrheit der Menschen in ihrer gewohnten Umgebung, idealerweise in der eigenen Wohnung verbleiben möchten.

Der Kreis nimmt seine Verantwortung insbesondere im Rahmen der Altenhilfeplanung wahr und ist sich bewusst, dass nur in gemeinsamer Verantwortung aller Beteiligten, wie den Städten und Gemeinden, den Kranken- und Pflegekassen, den Anbietern, den Betroffenen, ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten, Kirchengemeinden und Vereinen etc. eine sachgerechte Verbesserung möglich ist.

Bei allen Entscheidungen muss der Kreis auch seine Haushaltslage im Blick behalten und Ausgabenentscheidungen auch mit Blick auf konkurrierende Ansprüche festlegen und vertreten. Im Rahmen seiner Möglichkeiten versucht der Kreis mit anderen Akteuren die Pflegesituation weiter zu verbessern und die Auswahlmöglichkeiten für die Betroffenen zu erweitern.

Handlungsfeld 1

Beratung

Zielbezug: Selbstbestimmung setzt Information und Beratung voraus. Eine umfassende (und wettbewerbsneutrale) Beratung ist unerlässlich für eine qualifizierte Entscheidung.

Hintergrund: Die unterschiedlichen Beratungsangebot mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten sind intransparent und zu unbekannt.

Zielsetzung: Erhöhung des Bekanntheitsgrades der unterschiedlichen Angebote von Beratung.

Maßnahme: Zusammenstellung der Beratungsinstitutionen in einem Internetportal, sowie Weiterschreibung der Broschüre, wie Info-Zentren Pflege, Pflegekassen, Pflegedienste (§ 45 SGB XI). Verweis der Institutionen aufeinander.

Ebene: Kreispflegekonferenz

Ressourcen: Im Rahmen der Pflegekonferenz und der Info-Zentren leistbar.

:

Handlungsfeld 1

Beratung zum Verbleib in der Häuslichkeit

Zielbezug: Selbstbestimmung setzt Information und Beratung voraus. Eine gute Beratung ist unerlässlich für eine qualifizierte Entscheidung. Gerade die Vielzahl der ambulanten Leistungen sind vielfach unbekannt.

Hintergrund: Unterschiedliche Berater haben verschiedene Schwerpunkte. Die Beratungsinhalte sind häufig zufällig.

Zielsetzung: Einheitliche umfassende und trägerneutrale Beratung, bzw. Verweis auf weiterführende Beratung.

Maßnahme: Erarbeitung eines Standardberatungsleitfaden in Zusammenarbeit der unterschiedlichen Anbieter. Der Leitfaden soll die Bereiche der Beratung aufnehmen. Sofern eine Institution selbst einen Bereich nicht abarbeiten kann, soll sie an eine andere verweisen. (Evaluation der Beratung.)

Ebene: Pflegekonferenz (AG mit offener Einladung)

Ressourcen: Im Rahmen einer AG leistbar.

:

Handlungsfeld 2

Pflegende Angehörige, Freunde und Bekannte

Zielbezug: Für die meisten Pflegebedürftigen ist die Pflege innerhalb eines vertrauten Kreises ein gewünschtes Pflegearrangement.

Hintergrund: Nicht professionell Pflegende sind häufig durch die pflegerischen Anforderungen überlastet und kennen Entlastungsangebote nur teilweise.

Zielsetzung: Erhöhung des Bekanntheitsgrades der unterschiedlichen Angebote, wie Tagespflege oder stundenweise Verhinderungspflege.

Maßnahme: Gespräch auf kommunaler Ebene mit den ambulanten Pflegediensten. Regelmäßige Informationsangebote an ambulante Pflegedienste, Mitwirkung bei Schulungsangeboten zu speziellen Themen.

Ebene: Gespräch auf kommunaler Ebene, Pflegekonferenz

Ressourcen: vermutlich leistbar.

:

Handlungsfeld 2

Pflegende Angehörige, Freunde und Bekannte

Zielbezug: Für die meisten Pflegebedürftigen ist die Pflege innerhalb eines vertrauten Kreises ein gewünschtes Pflegearrangement.

Hintergrund: Nicht professionell Pflegende sind häufig unsicher, wie sie die konkrete Pflege organisieren und durchführen sollen.

Zielsetzung: Erhöhung des Bekanntheitsgrades von Pflegekursen und Beratungen.

Maßnahme: Regelmäßige Zusammenstellung der stattfindenden Pflegekurse und schriftliche Hinweise auf Beratungsangebote, die im Rahmen der Einsätze gemäß § 37.3 SGB XI verteilt werden können.

Ebene: Gespräch auf kommunaler Ebene mit den hierfür zugelassenen Einrichtungen, Pflegekonferenz

Ressourcen: vermutlich leistbar

:

Handlungsfeld 2

Pflegende Angehörige, Freunde und Bekannte

Zielbezug: Selbstbestimmung setzt Information und Beratung voraus. Eine gute Beratung ist unerlässlich für eine qualifizierte Entscheidung.

Hintergrund: Viele ehrenamtlich pflegende reiben sich in der Pflege auf, ohne entsprechende Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen.

Zielsetzung: Erhöhung der Bereitschaft, auch professionelle Unterstützungsangebote wahrzunehmen. Verhinderung kritischer Pflegesituationen.

Maßnahme: Einsicht fördern, dass Pflegearrangements mit pflegenden Angehörigen in der Regel dauerhafter sind, wenn die pflegenden Personen Entlastung erfahren und damit verhindern, dass kritische Pflegesituationen entstehen (z.B. bis hin zur Gewaltanwendung). Aufnahme in den Beratungsleitfaden.

Ebene: Pflegekonferenz, beratende Einrichtungen, Arbeitskreis „Häusliche Gewalt in der Pflege“

Ressourcen: Im Rahmen der Pflegekonferenz leistbar.

:

Handlungsfeld 3

Demenz

Zielbezug: Selbstbestimmung setzt das Angebot einer spezialisierten Beratung voraus

Hintergrund: Dementielle Veränderungen stellen die Betroffenen meist vor Probleme, die eine spezialisierte Beratung benötigen.

Zielsetzung: Den Bekanntheitsgrad des vorhandenen Beratungsangebot erhöhen, den Zugang zu einer spezifischen Beratung erleichtern.

Maßnahme: Der Hinweis auf eine spezialisierte Beratung und die durchführenden Institutionen wird in den Beratungsleitfaden (Handlungsfeld 1) aufgenommen.

Ebene:

Ressourcen:

:

Handlungsfeld 3

Demenz

Zielbezug: Selbstbestimmung setzt ein breites qualitätsgesichertes Angebot voraus

Hintergrund: Dementielle Veränderungen stellen die Betroffenen meist vor Probleme, die nicht ohne fremde Hilfen gelöst werden können.

Zielsetzung: Vernetzung der Angebote. Sicherstellung der Arbeit.

Maßnahme: Effiziente und nachhaltige Etablierung bewährter Inhalte aus den laufenden Modellprojekten im Kreis.

Ebene: Kreis, Kreispflegekonferenz, Anbieter spezialisierter Leistungen.

Ressourcen: In der täglichen Arbeit leistbar.

Handlungsfeld 4

Wohnen

Zielbezug: Wohnen ist ein Ausdruck von Selbstbestimmung. Sofern gewünscht sollte das Verbleiben in der eigenen Wohnung ermöglicht werden.

Hintergrund: Die meisten betroffenen Menschen möchten in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben, die Wohnungen entsprechen aber meist nur bedingt den pflegerischen Anforderungen. Wohnberatung und Wohnumfeldgestaltung in der Häuslichkeit sind vergleichsweise selten.

Zielsetzung: Stärkung der Wohnberatung.

Maßnahme: Aufnahme der Wohnberatung in den Beratungsleitfaden (Feld 1).
Einbezug von Vermietern.

Ebene: Kreispflegekonferenz, Wohnungswirtschaft

Ressourcen: Im Rahmen der alltäglichen Arbeit leistbar

:

Handlungsfeld 4

Wohnen

Zielbezug: Wohnen ist ein Ausdruck von Selbstbestimmung. Dies beinhaltet auch die weitgehend freie Entscheidung in der Frage, welche Wohnform gewählt wird und die Bereitstellung von Informationen, welchen qualitativen Ansprüchen erfüllt werden.

Hintergrund: Neue Wohnformen sind oft unbekannt.

Zielsetzung: Auflistung der unterschiedlichen Angebote von Wohnformen. Erarbeitung von Qualitätsstandards von ambulanten WG's.

Maßnahme: Weiterführung und Ausweitung der Erhebung von Angeboten. Entwickeln von Qualitätsstandards für ambulante WG's.

Ebene: Kreis, Kreispflegekonferenz.

Ressourcen: Im Rahmen der alltäglichen Arbeit leistbar

:

Handlungsfeld 5

Komplementäre Dienste

Zielbezug: Selbstbestimmtes Leben und Wohnen setzt gerade in ländlich strukturierten Gebieten Zugang zu den notwendigen Erfordernissen des alltäglichen Lebens voraus.

Hintergrund: In einer nicht unbedeutenden Zahl von Fällen erschweren Tatbestände den Verbleib in der Häuslichkeit, die nicht in die eindeutige Zuständigkeit einer Sozialversicherung fallen.

Zielsetzung: Etablierung (nach modellhafter Erprobung) von komplementären Angeboten, die zu einem längeren Verbleib in der Häuslichkeit führen, wenn dies von den Betroffenen gewünscht wird.

Maßnahme: Erarbeitung von Angebotskatalogen und Fördervoraussetzungen. Evaluation der Maßnahmen. Festsetzung eines Budgets. Einbezug von anderen interessierten Partnern, wie z.B. Wohnungswirtschaft, Akteure der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Ebene: Kreis, Pflegekonferenz, Kommunen, kommunale Arbeitsmarktpolitik, Leistungserbringer, Wohnungswirtschaft.

Ressourcen: Budget. Evtl. externe Hilfe bei der Erarbeitung.

:

Handlungsfeld 6

Pflegerische Infrastruktur

Zielbezug: Selbstbestimmung setzt Wahlfreiheit und ein breites Angebot voraus. Daher ist eine breit gefächerte Infrastruktur Voraussetzung von Selbstbestimmung.

Hintergrund: Im Kreisgebiet sollte eine gleichmäßige Versorgung mit unterschiedlichen Angeboten vorhanden sein.

Zielsetzung: Regelmäßige Evaluation des Angebotes. Erkennen von Angebotslücken.

Maßnahme: Fortführung der Erhebung des Angebotes. Im Bedarfsfall werben für den Ausbau einzelner Angebote.

Ebene: Wechselseitige Abstimmung zwischen Kreis und der zuständigen Kommune.

Ressourcen: Im Rahmen der Pflegekonferenz lösbar.

Handlungsfeld 7

Übergangsmanagement von Krankenhäusern in Pflege

Zielbezug: Ein gutes Übergangsmanagement kann helfen, Selbstbestimmung zu sichern.

Hintergrund: Immer wieder werden Menschen nach einem Krankenaufenthalt nicht ihren Wünschen entsprechend versorgt. Durch die Neufassung des § 11 Abs. 4 SGB V haben Krankenhäuser und Rehaeinrichtungen die Pflicht ein Übergangsmanagement zu entwickeln.

Zielsetzung: Bessere Überleitung von Krankenhäusern in konkrete Pflegearrangements.

Maßnahme: Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses, die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und Nadel sowie vergleichbaren Strukturen zu intensivieren.
Entwickeln von Übergangsstandards zwischen den örtlichen Krankenhäusern und den pflegerischen Einrichtungen.
Entwickeln von Übergangsstandards in die familiäre Pflege.
Vermittlung von Beratung, wenn das Krankenhaus die gewünschte Versorgung nicht für angezeigt hält.

Ebene: Pflegekonferenz, AG mit den im Kreis ansässigen Krankenhäusern, Info-Zentren Pflege

Ressourcen: Im Rahmen der Pflegekonferenz möglich.

Handlungsfeld 8

Zielgruppenspezifische Angebote

Zielbezug: Lebensgestaltung entsprechend der eigenen kulturellen Wurzeln ist eine Dimension eines selbstbestimmten Lebens.

Hintergrund: Die Anzahl älterer und pflegebedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund wird steigen. Durch andere kulturelle Hintergründe können andere Anforderungen an die Versorgung entstehen.

Zielsetzung: Sensibilisierung von Anbietern für unterschiedliche kulturelle Ansprüche

Maßnahme: Einbezug des Themas in bestehende Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund. Übersetzung von Broschüren in die „Hauptsprachen“. Benennung von Ansprechpersonen.

Ebene: Integrationsbeauftragte, Ausländerbeirat, Information der Leistungserbringer.

Ressourcen: Evtl. extern in Auftrag gegebene Übersetzungsleistungen. Ansprechpersonen als Ehrenamt.

:

Handlungsfeld 8

Zielgruppenspezifische Angebote

Zielbezug: Das Verbleiben in der gewohnten Umgebung kann ein Ausdruck eines selbstbestimmten Lebens sein.

Hintergrund: Viele bisherige Einrichtungen der Behindertenhilfe sind auf die Probleme älter werdender behinderter Menschen noch nicht ausreichend vorbereitet. Insbesondere bei eintretender Pflegebedürftigkeit ist die weitere Versorgung ungeklärt.

Zielsetzung: Auch behinderte Menschen sollen nach Möglichkeit die Wahl haben, in ihrer gewohnten Umgebung weiter zu wohnen und zu leben.

Maßnahme: Sensibilisierung der Träger. Erhebung der Problemlage

Ebene: Kreis, Kreispflegekonferenz, Leistungserbringer insbesondere der Behindertenhilfe.

Ressourcen: Im Rahmen der alltäglichen Arbeit zu erledigen.

:

Handlungsfeld 9

Alten- und Pflegepolitik als Querschnittsthema begreifen

Zielbezug: Selbstbestimmung realisiert sich nicht nur im engsten Kreis, sondern ist stets auch von den Wohnumfeldfaktoren abhängig.

Hintergrund: Alten- und Pflegepolitik ist häufig von Entscheidungen betroffen, die auf den ersten Blick keinen Zusammenhang zu diesem Bereich aufweisen. So kann etwa die Einrichtung einer Buslinie oder die Schließung eines Einkaufsmarktes Auswirkungen auf die Mobilität der dort lebenden älteren Menschen haben, mit dem Ergebnis, dass aufgrund geringerer Bewegungsanreize die Gefahr der Entstehung von Pflegebedürftigkeit zunimmt.

Zielsetzung: Bei kommunalpolitischen Entscheidungen soll die Relevanz für Alten- und Pflegepolitik berücksichtigt werden. Hierbei sind insbesondere auch Aspekte der Prävention, des gender mainstreaming und der diversity zu berücksichtigen.

Maßnahme: Jede politische Initiative wird auf Relevanz für Alten- und Pflegepolitik geprüft.

Ebene: Kreis und Kommunen

Ressourcen: Im Rahmen des Verwaltungshandelns mit zu erledigen.

:

Handlungsfeld 10

Alten- und Pflegepolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen

Zielbezug: Im Bereich Pflege tragen viele Institutionen in verschiedenen Bereichen Verantwortung. Auch der Kreis steht in der Verantwortung. Letztlich können aber nur dann nachhaltige Fortschritte erzielt werden, wenn die Gesellschaft sich ihrer Verantwortung für diesen Bereich bewusst wird und diese in Taten umsetzt.

Die Pflege älterer Menschen ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft. In diesem Zusammenhang sind Fachkräfte in der Pflege gefragt und werden zukünftig noch mehr gefragt sein.

Hintergrund: In vielen Lebensbereichen sind viele ältere Menschen vertreten, ohne dass ein Bezug zur Pflege hergestellt wird.

Immer mehr ältere pflegebedürftige Menschen werden, ob sie zu Hause, in einer Wohngemeinschaft oder in einem Pflegeheim leben, auf Betreuung und professionelle Pflege angewiesen sein. Dies bedeutet, dass mehr qualifizierte Fachkräfte in der Altenpflege gebraucht werden.

Zielsetzung: Kirchengemeinden, Vereine und andere Bereiche des öffentlichen Lebens sollen Ansprechpartner benennen und dadurch einen stärkeren Zugang zu der Thematik bekommen.

Nachwuchsförderung in der Altenpflege.

Maßnahme: Benennung einer Kontaktstelle für Anfragen, Internetplattform. Vorträge bei geeigneten Veranstaltungen.

Imagekampagne zur Altenpflegeausbildung auf Kreisebene.

Ebene: Kreis, Kommunen

Kreis, Einrichtungsträger, Fachseminare für Altenpflege

Ressourcen: Pflegekonferenz (Imagekampagne Altenpflegeausbildung)

Diese Leitsätze und Handlungsfelder sind erarbeitet worden in der „Lenkungsgruppe kommunale Pflegeplanung“. Mitglieder der Lenkungsgruppe sind:

- Annegret Robert (CDU)
- Birgit Härtel (SPD)
- Elke Schmidt-Sawatzki (Bündnis 90/Die Grünen)
- Hans-Eckhard Meyer (FDP)
- Hans-Joerg Deichholz (Sozialdezernent des Kreises Minden-Lübbecke)
- Klaus-Dieter Klaas (Leiter des Kreissozialamtes)
- Rainer Riemenschneider (Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung)
- Dr. Christian Adam (Geschäftsführer der Kommunalen Gesundheits- u. Pflegekonferenz)
- Klaus Marschall (Koordinator für Behinderten- und Seniorenbelange)

Die Erarbeitung der Leitsätze und Handlungsfelder erfolgte in Zusammenarbeit mit Dr. Frank Ziesche (sachverständiges Mitglied der Enquête-Kommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ des Landtags NRW).